

Antrag 04/I/2021**KDV Friedrichshain-Kreuzberg****Der Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Erledigt durch Koalitionsvertrag (Konsens)****Fahrdienstleister zur Einhaltung arbeits- und sozialrechtlicher Standards zwingen**

1 Die Mitglieder der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus
2 von Berlin sowie die sozialdemokratischen Mitglieder des
3 Berliner Senats werden aufgefordert, sich dafür einzu-
4 setzen, dass private Fahrdienstleister und Inhaber von
5 Mietwagenunternehmen der Genehmigungs- und Auf-
6 sichtsbehörde regelmäßig Nachweise vorzulegen haben,
7 die Voraussetzung für eine Genehmigung zur Teilnahme
8 am öffentlichen Personenverkehr sind. Diese Nachweise
9 müssen zwingend folgendes zum Inhalt haben:

10

- 11 • der Firmensitz des Unternehmens muss über eine
12 Postanschrift verfügen. Darüber hinaus muss der
13 Firmensitz über ausreichenden Parkraum für die
14 Mietwagen am Firmensitz verfügen und, bei einer
15 Anzahl von mindestens zehn Mitarbeiter*innen ei-
16 nen adäquaten Pausenraum für diese nachweisen
17 können.
- 18 • Personalakten der beschäftigten Fahrer*innen auch
19 als Nachweis über die Einhaltung sämtlicher Vor-
20 schriften des Arbeitsrechts, wie bezahlter Urlaub
21 und Lohnfortzahlung im Krankheitsfall
- 22 • die Fahrzeuge müssen über geeichte Wegstrecken-
23 zähler mit Fiskalfunktion verfügen, auf dessen Da-
24 ten die Behörde zugreifen kann, um die Einhaltung
25 der Rückkehrpflicht kontrollieren zu können.
- 26 • Vorlage eines Businessplans, der belegt, wie das Ge-
27 schäft trotz Rückkehrpflicht und 19 Prozent Mehr-
28 wertsteuer eigenwirtschaftlich betrieben werden
29 soll

30

31

32 Begründung

33 Die Kontrolle der Einhaltung der Rückkehrpflicht von fah-
34 rergeführten Mietwagen, die für Uber, FreeNow u.a. un-
35 terwegs sind, scheiterte in der Vergangenheit zumeist
36 daran, dass es keine klaren Regelungen für diesen Bereich
37 der öffentlichen Personenbeförderung gab. Uber, Free-
38 Now u.a. haben diese Versäumnisse klar zu ihrem Vorteil
39 ausgenutzt.

40

41 Die SPD Friedrichshain-Kreuzberg hat mit diversen An-
42 trägen zu diesem Thema deutlich gemacht, dass ihr der
43 Schutz des Öffentlichen Personennahverkehr und des Ber-
44 liner Taxiwesens wichtig ist. Den privaten Fahrdienst-
45 bietern geht es aber weder um den ÖPNV als solchen und
46 schon gar nicht um den Schutz des Klimas! Ihnen geht es
47 ausschließlich um größtmögliche Rendite. Mit Fahrprei-
48 sen, die unterhalb des Berliner Taxitarifs liegen, wird die

49 Kundschaft angelockt. Das geht zu Lasten der Fahrer*in-
50 nen.
51
52 Dieser Antrag hat das Ziel, von den Fahrdienstleistern und
53 den für sie operierenden Subunternehmen, klare Regeln
54 aufzuzeigen, die einzuhalten sind, damit sie an der öffent-
55 lichen Personenbeförderung teilnehmen können.